

„Wahlkampf kommt von Kämpfen“

Der Saarländer **Peter Altmaier** ist Angela Merkels Mann für alle Fälle. Nach dem Willen der Kanzlerin soll der Chef des Bundeskanzleramtes nun auch den Bundestagswahlkampf der CDU koordinieren und das Wahlprogramm verfassen.

Interview: **Frank Behrens**

Herr Altmaier, Sie haben jüngst angekündigt, die Familienpolitik in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes zu stellen. Was wollen Sie konkret für Familien verbessern?

Wir haben seit einiger Zeit eine erfreuliche Entwicklung. Es werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren, immer mehr junge Menschen gründen Familien. Wir wollen diesen jungen Familien unter die Arme greifen, wenn sie beispielsweise Kinder erziehen und das mit ihrer Berufstätigkeit verbinden müssen.

Können Sie konkret sagen, was Sie planen?

Es geht um ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Um Ausbildungskosten, steuerliche Maßnahmen und zusätzliche Hilfen bei der Bildung von Wohneigentum. Wir wollen erreichen, dass junge Familien sich Wohneigentum leisten können. Das ist für sie auch eine bedeutende Entlastung, wenn sie im Rentenalter sind. Im europäischen Vergleich liegen wir da immer noch ganz weit zurück. Meine Heimat, das Saarland, steht da innerhalb Deutschlands vergleichsweise am besten da ...

Wann werden wir genauere Details erfahren?

Wir führen jetzt eine breite Debatte innerhalb der Union. Im Frühsommer werden wir unser Wahlprogramm vorstellen, dann werden alle die Details nachlesen können.

Angela Merkel hat auf dem Parteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen eine sehr offensive Rede gehalten. Gibt das den Takt für den Wahlkampf vor?


Wahlkampf kommt von kämpfen. Wir sind entschlossen, um die politische Mitte in Deutschland zu kämpfen. Schon die Landtagswahl im Saarland hat das politische Klima in Deutschland verbessert. Die Positionen der Kanzlerin und der Union werden stärker wahrgenommen. Die Umfragewerte für uns werden inzwischen wieder besser.

Gibt es ein für die Union günstiges Klima?

Ich glaube schon, denn die Union und die Kanzlerin haben in dem sehr schwierigen außenpolitischen Umfeld der letzten Jahre die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes erhalten und sogar ausbauen können. Das wissen die Leute. Deshalb war das politische Interesse im Vorfeld einer Wahl noch nie so groß wie jetzt. Wir suchen das Gespräch mit

„Ein Bündel von Maßnahmen“

möglichst vielen Bürgern und wollen interessierte Bürger in die Formulierung unseres Wahlprogramms einbeziehen. Denn es geht um viel: Die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte der letzten zwölf Jahre, in denen Angela Merkel Kanzlerin ist, steht zur Wahl. Die Realeinkommen sind in dieser Zeit gestiegen, Rentnern und Familien geht es besser, die Zukunftsfestigkeit dieses Landes wurde verbessert. Wir wollen auch künftig Arbeitsplätze sichern und dazu auch noch mehr in die Bildung investieren.



„Wir kämpfen um die politische Mitte.“
– Peter Altmaier
am Schreibtisch im Bundeskanzleramt.

Wird die innere Sicherheit auch ein Wahlkampfthema sein?

Innere Sicherheit ist völlig unverzichtbar für die gedeihliche Entwicklung einer Gesellschaft, denn nur mit ihr können die Menschen ihre ganze Kraft für das Gemeinwesen einsetzen. Die CDU/CSU ist seit jeher die Partei der inneren Sicherheit. Wir haben nach den Anschlägen von Paris, Brüssel, Nizza, Berlin und zuletzt in London und St. Petersburg konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit vorgelegt. Da geht es um eine bessere Ausstattung und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, nebenbei auch um bessere Vorsorge gegen Wohnungseinbrüche. Auch das gehört zur inneren Sicherheit.

Was sagen Sie zur Debatte, ob das Brandenburger Tor nach dem An-



schlag in St. Petersburg auch hätte angestrahlt werden müssen?

Meine persönliche Meinung ist: Ja, die Stadt hätte das Tor in den Farben von St. Petersburg anstrahlen müssen. Der Kampf gegen den Terrorismus ist eine weltweite Aufgabe. Egal, wo derartige Anschläge passieren: Wir sollten immer starke Zeichen der Solidarität mit den Opfern setzen.

Wie gehen Sie mit dem Wahlkampflogan der SPD, der Gerechtigkeit, um?

Gerechtigkeit gehört seit 70 Jahren zum Kern der CDU/CSU. Die wichtigsten sozialen Sicherungen in diesem Land wurden von der Union eingeführt. Während der vergangenen zwölf Jahre hat sich das Verhältnis der Sozialpartner sehr verbes-

sert. Wir haben in dieser Zeit zum Beispiel den Mindestlohn und das Elterngeld eingeführt.

Haben Sie Angst, dass die SPD die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes rückt?

Nein, denn die Union ist seit Bestehen der Republik auch die Partei der Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Deshalb konnten wir immer wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für unsere Politik gewinnen. Und, ich wiederhole mich, wir haben gute zwölf Jahre hinter uns. Wir haben ein hohes Wachstum in Deutschland, wir konnten die Arbeitslosenquote in dieser Zeit halbieren, wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, und wir geben mehr als die Hälfte unseres Haushalts für soziale Belange aus. Vielerorts werden wir beneidet.

Die SPD sucht Wege aus der Großen Koalition. Wo hat die Union Alternativen?

Die SPD glaubt offensichtlich nicht daran, dass sie stärker werden kann als die Union. Daher schiebt sie nach Koalitionen unter Einbeziehung der Linkspartei. Da ist selbst vielen Sozialdemokraten unwohl. Wenn die SPD eine solche Koalition eingeht, verliert sie auch die letzte Unterstützung in der Mitte der Gesellschaft. Die Linkspartei hat weder ihr Verhältnis zur Nato noch das zu Europa oder Russland geklärt. So eine Partei kann Deutschland nicht regieren. Das wissen die Leute auch. Die CDU hat sich hingegen klar positioniert. Wir gehen keine Koalitionen mit AfD oder Linken ein. Was andere Optionen angeht, muss man nach der Wahl sehen.

Twittern auf Niederländisch

Hoffen Sie auf einen Wiedereinzug der FDP in den Bundestag?

Unser Ziel ist es, dass die Union so stark wie möglich aus der Wahl hervorgeht und dass es keine vernünftigen Koalitionen gegen uns geben kann. Wir kämpfen um die politische Mitte. Im Übrigen muss jede Partei aus eigener Kraft in den Bundestag einziehen.

Sie hatten, nachdem die Niederlande aus der Türkei mit Nazi-Vergleichen belegt worden war, den Niederländern bei Anne Will Ihre Solidarität versichert – auf Niederländisch. Gab es Reaktionen aus dem Nachbarland?

Ja, es gab sehr viele positive Reaktionen. Kurz darauf habe ich am Wahlabend auf Niederländisch getwittert und dem Land zum positiven Wahlergebnis gratuliert. Es gab anschließend fast 2.000 „Likes“ aus den Niederlanden.

Sie twittern viel, gelten als netzaffin ...

Die Netzaffinität unter den Politikern hat stark zugenommen. Über Twitter lässt sich viel erreichen, man kann sich sehr schnell informieren und reagieren. Ich bin auch näher dran an Ereignissen vor Ort, etwa in meinem Wahlkreis im Saarland. Aber ebenso an internationalen Entwicklungen. ●